

Macht Arbeitslosigkeit rechtsextrem?

Bacher, Johann

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bacher, J. (2000). *Macht Arbeitslosigkeit rechtsextrem?* Nürnberg: Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Arbeitsmarkt und Sozialökonomik Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung, insb. Arbeitsmarktsoziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-236156>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Macht Arbeitslosigkeit rechtsextrem?

Johann Bacher (Universität Erlangen-Nürnberg)

1. Untersuchte Fragestellungen

Bei der Analyse von Wahlerfolgen rechter Parteien, von unterschiedlichsten Formen erschütternder rechtsextremer Gewalthandlungen wird in der öffentlichen Diskussion häufig ein Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit hergestellt, mitunter in Form **einfacher mechanistischer Reiz-Reaktionsschemata** der Art "Arbeitslosigkeit führt zu Rechtsextremismus" mit der Assoziation "Arbeitslose sind rechtsextrem". Dieser einfache Wirkungszusammenhang soll in dem Beitrag kritisch hinterfragt werden. Auf der Grundlage von sozialwissenschaftlichen Befragungen, die in Deutschland durchgeführt wurden, sollen zwei Fragestellungen untersucht werden: (1.) Äußern Arbeitslose rechtsextremere Einstellungen als andere Bevölkerungsgruppen? (2.) Wie läßt sich dies gegebenenfalls erklären? Zur Beantwortung der zweiten Fragestellung wird ein integriertes Modell zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen und Handlungen entwickelt.

Die Beschäftigung mit den genannten Fragestellungen erscheint wegen einer nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland und eines nach einem Rückgang Mitte der 90er Jahre erneuten Anstiegens fremdenfeindlicher Gewalt seit 1996 (Kleinert/Krüger/Willems 1998: 14; Schad 1999: 23) wissenschaftlich, aber vor allem gesellschaftspolitisch wichtig. In den **zahlreichen Publikationen zum Thema Rechtsextremismus** (siehe dazu unten), die in den 90er Jahren entstanden sind, wird die Thematik Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus nur am Rande erörtert. Auch in der **Arbeitslosigkeitsforschung** der 80er und 90er Jahre wurde die Thematik kaum behandelt. Im Vordergrund der sozialpsychologisch orientierten Arbeitslosigkeitsforschung standen die differenzielle Wirkungsforschung (Wacker 1990) einschließlich der Analyse der Auswirkungen auf das soziale Umfeld (z.B. Schindler/Wacker/Wetzels 1990, Ge et al. 1994 sowie die in der Zwischenzeit zum Klassiker avancierte Studie von Elder 1999) und die Evaluation von Maßnahmen (z.B. Stelzer-Orthofer 1991, 1998, Seckauer-Weidenholzer 1999). Neben der Arbeitslosigkeit wurde verstärkt die drohende Arbeitslosigkeit und deren psycho-sozialen Auswirkungen untersucht (z.B. Fenwick/Tausig 1994). Im Unterschied dazu wurde in der Zwischenkriegszeit und in den 70er Jahren Fragen nach den politischen Orientierungen von Arbeitslosen intensiv diskutiert (siehe z.B. Hentschel 1981, Wacker 1976 sowie Fryer und Wacker in diesem Sammelband). Folgende Fragen standen im Vordergrund: Warum verhalten sich Arbeitslose aufgrund ihrer prekären Lage nicht revolutionär? Haben Arbeitslose eine stärkere Tendenz zu autoritären Denk- und Verhaltensweisen? Allgemein ergaben sich Tendenzen bei Arbeitslosen keine stärkeren rechtsextremen. Die Reaktionen der Arbeitslosen hingen davon ab, ob sie gewerkschaftlich eingebunden waren oder nicht (Wacker 1976: 99-108).

Mit "**Rechtsextremismus**" soll im folgenden ein Denken gemeint sein (z.B. Benz 1994a: 17, Heitmeyer 1989, Jäger/Jäger 1999: 66-68),

- das gewaltsames Handeln und autoritäre Strukturen befürwortet,
- das rationale Erörterungen und demokratische Lösungsformen ablehnt,
- das von natürlichen Ungleichheiten und der Überlegenheit der eigenen Nation bzw. der eigenen Rasse ausgeht und
- das Recht des Stärkeren betont.

Rechtsextremismus stellt somit ein umfassendes Einstellungssyndrom mit verschiedenen Subdimensionen, wie z.B. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Autoritarismus, Demokratiefeindlichkeit, Nationalismus, Rassismus usw. dar und kann unterschiedliche Erscheinungsformen haben. Es kann sich beispielsweise "nur" in extremer Fremdenfeindlichkeit zeigen oder in Kombination mit Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalismus. Damit soll nicht behauptet werden, daß die genannten Phänomene keine Eigenständigkeit besitzen würden. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß auch Gemeinsamkeiten vorliegen, wie sie in der oben angeführten Definition des Rechtsextremismus zum Ausdruck kommen. Diese bestehen vor allem darin, daß entgegen Forderungen nach Gleichberechtigung und Gleichbehandlungen Ungleichbehandlungen aufgrund zugeschriebener Merkmale, wie Nation, Ethnie, Rasse usw. als legitim betrachtet werden.

2. Theoretische Erklärungsansätze

Die Zunahme rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen in den 70er und 80er Jahren (Benz 1994a: 11, 1994b) und die deutlich ansteigende rechtsextreme Gewalt zu Beginn der 90er Jahre (Benz 1994a, 1994b sowie Jäger 1999 bezüglich antisemitische Straftaten) trugen dazu dabei, daß **Rechtsextremismus** und seine unterschiedlichen Erscheinungsformen und Verhaltensäußerungen zu einem der **zentralen Themen** der **sozialwissenschaftlichen Forschung** seit Mitte der 80er Jahre wurde, mit dem sich unterschiedliche Fachdisziplinen beschäftigt haben und beschäftigen. Neben jugendsoziologischen Arbeiten (z.B. Heitmeyer 1989, 1992, Hoffmann-Lange 1995a, 1995b, Kleinert/Krüger/Willems 1999, Pfeiffer/Wetzels 1999) haben sich seit Mitte der 80er Jahre die politische Soziologie, die Politikwissenschaft und die Wahlforschung (z.B. Leggewie 1990, Falter 1994), die Kommunikationswissenschaft (z.B. Brosius/Esser 1995, Ohlemacher 1998; Weiß 1994), die Zeitgeschichte (z.B. Benz 1994a, Falter 1991), die Sprachwissenschaften (z.B. Jäger/Jäger 1999), die Psychologie (zusammenfassend z.B. Rommelspacher 1997) und die Pädagogik (z.B. Heppner 1997 sowie Arbeiten zum interkulturellen Lernen, wie z.B. Otten/Treuheit 1994) mit dem Phänomen des Rechtsextremismus

intensiv auseinandergesetzt. Mitunter wird die Rechtsextremismusforschung als selbständige Fachdisziplin (Winkler 1996) betrachtet. Erschienen sind eine Reihe unterschiedliche Forschungsergebnisse, Fachdisziplinen und Perspektiven zusammenfassende Sammelbände, wie z.B. Winkler/Jascke/Falter (1996b), Benz (1994c), Mecheril/Teo (1997), Lederer/Schmidt (1995), Michel/Karsunke/Spengler (1998) u.a., mit allerdings zum Teil überschneidender Autorenschaft und inhaltlich ähnlichen Beiträgen.

Trotz dieser enormen Anstrengungen ist die Entwicklung eines **integrierten Erklärungsansatzes** bisher nicht gelungen (Erb 1995: 39-41, Winkler 1996, Winkler/Jascke/Falter 1996a: 19). Dieser ist aber in seinen Konturen ersichtlich. Aus Winkler/Jascke/Falter (1996b) und Winkler (1999) und Überlegungen anderer Autoren lassen sich beispielsweise Anforderungen ableiten, die ein integriertes Modell erfüllen sollte. (1.) Das Modell sollte zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremen Handlungsweisen unterscheiden. (2.) Das Modell sollte mehrere Einflußfaktoren einbeziehen. (3.) Es sollte mehrere Ebenen, eine Mikro-, Meso- und Makroebene beinhalten und sollte (4.) dynamisch sein.

Eine Trennung zwischen rechtsextremen Einstellungen und Handlungsweisen ist erforderlich, da rechtsextremen Handlungen nicht immer eine rechtsextreme Einstellung zugrunde liegen muß. So ermittelte beispielsweise Willems et al. fünf unterschiedliche Tätertypen fremdenfeindlicher Gewalt (Eckert/Willems/Würtz 1996: 160-162). Rechtsextreme bilden dabei nur einen Typus. Ferner werden rechtsextreme Parteien vielfach aus Protest und Politikverdrossenheit gewählt ohne entsprechenden ideologischen Hintergrund (z.B. Roth 1990 zit. in Klein/Falter 1996: 289 kritisch dazu Klein/Falter 1996). Hinzu kommt, daß rechtsextreme Einstellungen i.d.R. wesentlich stabiler sind als rechtsextreme Verhaltensweisen (Winkler/Jascke/Falter 1996a: 13).

Daß rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen nicht auf einen Faktor zurückgeführt werden können, ergibt sich aus der Komplexität des untersuchten Phänomens. Zu berücksichtigen sind (Winkler 1996) neben Persönlichkeitsfaktoren und Ungleichheitslagen die Integration in die Gesellschaft und die politische Kultur mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen, wie Organisationsgrad rechter Gruppierungen, gesellschaftliche Reaktionen auf rechtsextreme Bewegungen usw. Bereits aus dieser unvollständigen Aufzählung ist ersichtlich, daß es sich um Faktoren auf unterschiedlichen Ebenen handelt. Persönlichkeitsfaktoren und Ungleichheitslagen lassen sich der Mikroebene zuordnen, rechte Gruppierungen und ihre Organisationsstrukturen der Mesoebene, die Integration und die politische Kultur der Makroebene bzw. abhängig von der Operationalisierung der Meso- und der Makroebene.

Die Notwendigkeit einer dynamischen Betrachtung schließlich ergibt sich daraus, daß sich unterschiedliche Erscheinungsformen rechtsextremen Denkens (Benz 1994a), unterschiedliche Wellen

rechtsextremer Wahlerfolge (Klein/Falter 1996) und verschiedene Phasen rechtsextremer Gewalt (Erb 1994, 1995, Eckert/Willems/Würtz 1996) feststellen lassen.

Ein erstes Modell, daß diesen Anforderungen teilweise genügt, wurde von Bacher (1999) auf der Grundlage der wahlsoziologischen Arbeiten von Falter (Falter 1994, Klein/Falter 1996), der kommunikationswissenschaftlichen Arbeit von Weiß (1994) und den jugendsoziologischen Arbeiten von Heitmeyer (1989, 1992), Hoffmann-Lange (1995a), Kleinert/Krüger/Willems (1998) und Pfeiffer/Wetzels (1999) entwickelt. Es enthält folgende Erklärungsansätze von Rechtsextremismus:

- **Modernisierungstheoretische Erklärung** (Falter 1994, Heitmeyer 1989, 1992): Gesellschaftliche Modernisierung beeinflusst rechtsextreme Einstellungen und in der Folge rechtsextremes Handeln auf zwei Wegen: (1.) Sie führt – insbesondere bei einem geringen sozialen Status – zu einem häufigeren Auftreten von sozialen und ökonomischen Problemen. Diese führen zu Deprivationsempfindungen, die ihrerseits politische Unzufriedenheit auslösen mit der Folge einer Zunahme rechtsextremer Einstellungen. (2.) Modernisierung führt zu Deprivationsgefühlen, z.B. als Folge von Zukunftsängsten (Kleinert/Krüger/Willems 1998), ohne daß die Person konkret von Problemen betroffen sein muß.
- **Kontrolltheoretische Erklärung** (Hoffmann-Lange 1995a): Ursache rechtsextremer Handlungen und Einstellungen ist fehlende bzw. geringe soziale Kontrolle rechtsextremer Handlungen. Dadurch ist es möglich, "erfolgreich" rechte Einstellungen zu geringen Kosten in Handeln umzusetzen. Des weiteren führen rechte Einstellungen zu politischer Unzufriedenheit. Politische Unzufriedenheit ist also nicht nur Folge von Deprivationsgefühlen, sondern auch von politischen Orientierungen.
- **Autoritätstheoretische Erklärung** (Pfeiffer/Wetzels 1999): Autoritäre Erziehung führt zu einer autoritären Persönlichkeit (Adorno 1973, Rommelspacher 1997) verbunden mit rechtsextremen Einstellungen. Da die autoritäre Persönlichkeit als stabiler Persönlichkeitsfaktor betrachtet wird, ist der Einfluß der anderen Faktoren auf rechtsextreme Einstellungen nahe Null.
- **Organisationstheoretische Erklärung:** Der Organisationsgrad, die Stärke rechter Gruppierungen und die diesen zugeschriebene Kompetenz beeinflussen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen. Die Bedeutung der Kompetenzzuschreibung an rechte Parteien für die Wahlabsicht konnten Klein/Falter (1996) empirisch nachweisen.
- **Kommunikationstheoretische Erklärung (Weiß 1994):** Durch die der Berichterstattung innewohnende Tendenz einer Personalisierung und Individualisierung werden rechtsextreme Vorstellungen verstärkt, Negativismus kann Deprivationsgefühle und politische Unzufriedenheit verstärken (Holtz-Bacha 1990).
- **Kulturtheoretische Erklärung:** Abhängig von der gesellschaftlichen Akzeptanz des Rechtsextremismus werden rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen verstärkt oder abgeschwächt.

In Bezug auf die **Ausgangsfragen** läßt sich ableiten, daß zwischen der Arbeitslosigkeitsbetroffenheit und rechtsextremem Denken und Handeln nur ein schwacher Zusammenhang zu erwarten ist, da Arbeitslosigkeitsbetroffenheit als ökonomisches und soziales Problem neben zahlreichen anderen Faktoren nur indirekt über Deprivationsgefühle und politische Unzufriedenheit rechtsextreme Einstellungen und in der Folge rechtsextremes Handeln beeinflußt. Ein stärkerer Zusammenhang würde sich ergeben, wenn nur die modernisierungstheoretische Erklärung zutreffend wäre. Aber auch wäre nur ein schwacher Zusammenhang erwartbar, da Arbeitslosigkeit neben anderen Problemen (bei Heitmeyer z.B. Identitätsfindung Jugendlicher) nur als ein – allerdings gravierendes - soziales und ökonomisches Problem wirksam ist. Kein Zusammenhang schließlich würde sich dagegen ergeben, wenn die anderen Erklärungen primär zutreffend wären.

3. Empirische Befunde

Welche der genannten Erklärungen zutreffend ist, läßt sich empirisch nur schwer prüfen, da in Untersuchungen immer nur Teilaspekte angesprochen werden. Dadurch ergeben sich nicht unproblematische Einschränkungen. In der nachfolgenden Analyse entstehen diese dadurch, dass aufgrund des vorhandenen Datenmaterials kontroll-, die organisations-, die kommunikations- und die kulturtheoretische Erklärungen nicht berücksichtigt werden konnten. Diese Einschränkungen sind nicht unproblematisch: So z.B. ist es vorstellbar, dass Arbeitslose Medien unterschiedlich rezipieren. Unterschiede sind auch hinsichtlich der sozialen Kontrolle, der Stärke und dem Organisationsgrad rechter Bewegungen und der diesen zugeschriebenen Kompetenzen denkbar. So z.B. läßt sich annehmen, daß Arbeitslose rechten Gruppierungen aufgrund ihrer Situation höhere Kompetenzen zuschreiben oder stärker organisatorisch in diese eingebunden sind. Des weiteren ist denkbar, daß Arbeitslose strenger sozial kontrolliert werden.

Für die Analyse des ALLBUS1996 wurden folgende Subdimensionen rechtsextremen Denkens gebildet: Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und politische Selbsteinstufung als rechts. Darüber hinaus wurde die Wahlabsicht für die Republikaner bei der nächsten Bundestagswahl als Verhaltensvariable in die Auswertungen einbezogen. Die **Einstellung zu Ausländern** wurde im ALLBUS 1996 dadurch erfaßt, daß positive und negative Aspekte der Anwesenheit von AusländerInnen, wie "Ausländer bereichern unsere Kultur" oder "Ausländer belasten unser soziales System", zur Ablehnung oder Befürwortung vorgelegt wurden. Nach der Elimination des Items "Die Ausländer tun die unschönen Arbeiten", das offensichtlich selbst Personen mit ausländerfeindlichen Einstellungen wegen der empirischen Evidenz nicht ablehnen können, bilden die verbleibenden sechs Items eine Skala (Eigenwert des 1. Faktors = 2,8, Cronbachs Alpha = 0,77). Für die weitere Analyse wurde aus den Items ein mittlerer Gesamtpunktwert mit einem Skalenbereich von 1 ("stimme gar nicht zu") bis 7 ("stimme völlig zu") gebildet und Personen mit einem

Skalenwert größer/gleich 5,5 eine extreme ausländerfeindliche Position zugewiesen. 18% der Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit zeigen bei dieser Vorgehensweise eine eindeutige ausländerfeindliche Einstellung. Extreme Ausländerfeindlichkeit ist in den neuen Bundesländern häufiger zu beobachten als in den alten Bundesländern (alte Bundesländer: 15%, neue Bundesländer: 25%). Ausländerfeindliche Einstellungen haben in den 80er Jahre in Deutschland nicht zugenommen (Wiegand 1992). Dennoch schnitt Deutschland hinsichtlich ausländerfeindlicher Haltungen auch zu Beginn der 90er Jahre im europäischen Vergleich schlecht ab (Wiegand 1992).

Zur Erfassung **antisemitischer Einstellungen** wurde im ALLBUS1996 eine Skala mit vier Items verwendet. Die Items bezogen sich auf die Geschichte des Judentums, den Holocaust und Juden zugeschriebene negative Eigenschaften.¹ Die Items bilden einen Faktor (Eigenwert des 1. Faktors = 2,0, Cronbachs Alpha = 0,67). Für die weitere Analyse wurde wiederum ein mittlerer Gesamtpunktwert mit einem Skalenbereich von 1 ("stimme gar nicht zu") bis 7 ("stimme völlig zu") berechnet. Personen mit einem Skalenwert größer/gleich 5,5 wurde eine extreme antisemitische Position zugewiesen. 6% der Befragten nehmen eine derartige Position ein, wobei in den neuen Bundesländern deutlich geringere Werte auftreten (alte Bundesländer: 7%, neue Bundesländer: 2%). Diese Zahlenwerte liegen unter den in anderen Untersuchungen ermittelten Prozentwerten (Wittenberg 1995). In einer vom SPIEGEL 1994 veröffentlichten Untersuchung wurden 4% der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und 16% in den alten Bundesländern dem "harten" Kern von Antisemiten zugeordnet (Wittenberg 1995: 42). Daraus läßt sich ableiten, daß durch die für beide Skalen vorgenommene Dichotomisierung das Ziel der Erfassung extremer Einstellungen gelungen ist, da sich geringere Anteilswerte ergeben. Wenn im folgenden von ausländerfeindlichen oder antisemitischen Einstellungen gesprochen wird, sind damit die hier untersuchten extremen Haltungen gemeint.

Die **politische Selbsteinstufung** wurde mittels einer zehnstufigen Skala (1=links, 10=rechts) erhoben. Zur Erfassung einer rechten politischen Selbsteinstufung wurde die Skala bei einem Skalenwert von 8 dichotomisiert (rechte Selbsteinstufung = Skalenwerte von 8, 9 und 10). Eine rechte politische Selbsteinstufung liegt bei 10% der befragten Deutschen vor. In den alten Bundesländern bezeichnen sich signifikant mehr Personen als politisch rechts als in den neuen Bundesländern (alte Bundesländer: 11%, neue Bundesländer: 6%).

Bei der Frage nach der Wahlabsicht bei den nächsten Bundestagswahlen wurden als rechtsgerichtete Partei nur die Republikaner erfaßt. 2% der Befragten zeigen eine **Präferenz für die Republikaner**. Signifikante Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen nicht (alte Bundesländer: 2%, neue Bundesländer: 1%). Zum Vergleich ermittelte Falter (1994) für 1993 eine durchschnittliche

Wahlbereitschaft für rechte Parteien (Republikaner, DVU und NDP) von 5% in Westdeutschland und von 3% in Ostdeutschland. In der Tendenz stimmen somit die ALLBUS-Daten mit einer ebenfalls geringeren Wahlabsicht in Ostdeutschland mit den Ergebnissen Falter überein.

Die verwendeten Dimensionen korrelieren nur schwach miteinander (alte Bundesländer: Korrelationen zwischen 0,12 und 0,24; neue Bundesländer: 0,05 bis 0,24). Ein einheitliches geschlossenes rechtsextremes Weltbild, das eine rechte Selbsteinstufung, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus mit einer starken Präferenz für die Republikaner umfaßt, existiert nicht. Von einem Syndrom kann nicht gesprochen werden, ein gemeinsamer, empirisch aber nur sehr schwach erkennbaren Kern liegt vor.

Untersucht man nun **empirisch den Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und den erfaßten Dimensionen rechtsextremen Denkens und Handelns**, so ergibt sich das in der Tabelle 1 dargestellte Bild: Arbeitslose haben überdurchschnittlich hohe Werte für eine extreme ausländerfeindliche Haltung. Sie unterscheiden sich in dieser Hinsicht zwar nicht von RentnerInnen, aber von Erwerbstätigen, SchülerInnen, StudentInnen und Hausfrauen/-männern. Arbeitslose sind dagegen nicht antisemitischer eingestellt als der Gesamtdurchschnitt, sie stufen sich auch nicht häufiger als politisch rechts ein. In der Tendenz neigen sie stärker dazu, die Republikaner zu wählen.

Tabelle 1:

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom sozialen Status der Befragten in den alten und neuen Bundesländern 1996

sozialer Status	Ausländerfeindlichkeit		Antisemitismus		Rechts-Einstufung		Wahlabsicht-Republikaner	
	in %	n	in %	n	in %	n	in %	n
erwerbstätig	14	1763	4	1761	9	1770	2	1424
<i>arbeitslos</i>	29	209	4	211	9	210	4	165
SchülerInnen/StudentInnen	4	109	0	110	1	109	0	80
Hausfrau/-mann	20	315	7	307	11	313	1	246
RentnerIn	27	722	11	719	13	718	2	571
Gesamt	19	3009	6	2998	10	3011	2	2406
ETA	0.17*		0.13*		0.08*		0.05	

Quelle: ALLBUS 1996, eigene Berechnungen, * p < 5%. Die Bildung der Variablen ist ausführlich dokumentiert in Bacher (1999).

Es läßt sich somit ein Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Arbeitslosigkeit feststellen, insbesondere auch bei einem Vergleich mit der Gruppe der Erwerbstätigen. Das gilt auch auf der Ebene der Einzelitems der Skala zur Ausländerfeindlichkeit. In allen sechs Items bestehen statistisch signifikante Differenzen zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen. Die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sind also nicht darauf zurückzuführen, daß Arbeitslose "nur" in jenen Aspekten (wie z.B. "AusländerInnen

¹ Die vier Items lauteten: "Scham über deutsche Untaten an Juden", "Juden sind an der Verfolgung nicht unschuldig", "Juden haben auf der Welt zuviel Einfluß", "Juden nutzen deutsche Vergangenheit aus".

nehmen InländerInnen Arbeitsplätze weg“) ausländerfeindlicher sind, die ihre Arbeitslosigkeitssituation betreffen. In diesen Aspekten treten aber besonders deutliche Unterschiede auf.

Im ALLBUS werden – wie bereits erwähnt - die Fragen zur Ausländerfeindlichkeit seit Beginn der 80er Jahre gestellt, wobei sich allgemein seit 1980 ein Rückgang ausländerfeindlicher Einstellungen feststellen läßt. Ein Vergleich von Erwerbstätigen und Arbeitslosen (siehe Tabelle 2) erbringt ebenfalls einen Rückgang in beiden Gruppen: Bei den Erwerbstätigen gingen extreme ausländerfeindliche Haltungen in den 90er Jahren von 22,5% auf 9,8% zurück. Bei den Arbeitslosen gab es einen Rückgang von 27,3% auf 18,3%. Er war also deutlich geringer, sodaß sich in den 90er Jahren beide Gruppen signifikant unterscheiden.

Tabelle 2: Ausländerfeindlichkeit in den 80er und 90er Jahren von Erwerbspersonen in den alten Bundesländern

Ausländerfeindlichkeit	1980 – 1989		1990 – 1996	
	Arbeitslose	Erwerbstätige	Arbeitslose	Erwerbstätige
nein	72,7	77,5	81,7	90,2
ja	27,3	22,5	18,3	9,8
Gesamt	100 (n=245)	100 (n=4074)	100 (n=180)	100 (n=3156)
	Chi2=3.1 (p=8%)		Chi2=13.4 (p=0.1%)	

Quelle: kumulierter ALLBUS 1980-1996, eigene Berechnungen

Sowohl diese geänderte Situation in den 90er Jahren als auch deren Ursachen sind bisher nicht erforscht. Untersucht man, ob sich die in den 90er Jahren gefundenen Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen auf das Geschlecht, das Bildungsniveau und/oder das Alter zurückführen lassen, so ist das Ergebnis, daß dies nicht der Fall ist. Eine Erklärung der Unterschiede durch unterschiedliche soziodemographische Profile (wie z.B. "Arbeitslose sind älter, häufiger Männer und schlechter qualifiziert und deshalb ausländerfeindlicher") ist nicht möglich. Allerdings kommt dem Alter (mit dem Alter nimmt die Ausländerfeindlichkeit zu) und dem Bildungsniveau (AbiturentInnen sind weniger ausländerfeindlich) eine stärkere Erklärungskraft (standardisierte Regressionskoeffizienten für alte Bundesländer in den 90er Jahren: $b(\text{Alter}) = 0.11$, $b(\text{Abitur}) = -0.10$) zu als der Arbeitslosigkeit ($b(\text{arbeitslos}) = 0.06$). Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen dagegen nicht: Weibliche Erwerbspersonen sind also nicht weniger oder mehr ausländerfeindlich als ihre männlichen Kollegen.

Die Ergebnisse widersprechen jenen individualisierungstheoretischen Vermutungen (Beck 1986), die von der Annahme ausgehen, daß eine Entgrenzung (Arbeitslosigkeit ist nicht mehr nur für bestimmte Personengruppen charakteristisch, sondern kann jeden und jede treffen), Entzeitlichung (Arbeitslosigkeit kann von sehr unterschiedlicher Dauer sein) und Subjektivierung (Personen können aktiv bei entsprechender Unterstützung) ihre Arbeitslosigkeit bewältigen) der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat. Als Folge kann beinahe jeder und jede von Arbeitslosigkeit bedroht sein. Dies führt dazu, daß sich Arbeitslose und Erwerbstätige immer weniger unterscheiden. Mit der Zeit dürften daher auch keine

Unterschiede in zentralen Einstellungen und Wertorientierungen bestehen. Wäre diese Vermutung zutreffend, müßte sich in der Tabelle 2 ein umgekehrter Zusammenhang ergeben: In den 80er Jahren könnten signifikante Unterschiede auftreten, in den 90er Jahren dagegen nicht mehr. Empirisch ist das Gegenteil der Fall. Die individualisierungstheoretisch ableitbare Hypothese einer Angleichung der Einstellungen der beiden Gruppen ist somit nicht zutreffend.

Eine mögliche Erklärung der gefundenen Unterschiede entsprechend den theoretischen Überlegungen des Abschnitts 2 könnte darin bestehen, daß Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren belastender erlebt wird als in den 80er Jahren mit der Folge, daß stärkere Deprivationsgefühle und höhere politische Unzufriedenheit auftreten. Gründe hierfür können u.a. sein: (1.) Die ökonomische Bedeutung der Erwerbsarbeit hat wegen der Kürzung staatlicher Transferleistungen zugenommen. (2.) Der kulturelle Wert von Erwerbsarbeit ist ebenfalls gestiegen, da immer weniger Personen über eine Erwerbsarbeit verfügen. (3.) Die Erwartungen an Arbeitslose, aktiv ihre Arbeitslosigkeit zu bewältigen, haben zugenommen. (4.) Erwerbstätige versuchten verstärkt, sich einstellungsmäßig von Arbeitslosen abzugrenzen. Diese Gründe können dazu geführt haben, daß Arbeitslosigkeit stärker belastend erlebt wird und zu größeren Deprivationsempfindungen führt. Eine andere Erklärung² könnte wie folgt aussehen: Je höher die Arbeitslosenquote ist, desto höher ist vermutlich der Anteil derjenigen, die ihre Arbeitslosigkeit auf externe Ursachen zurückführen und von geringem persönlichen Einfluss überzeugt. Dies führt zu Deprivationsempfindungen und politischer Unzufriedenheit.

Die angeführte Erklärung setzt voraus, daß ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Deprivationsempfinden und politischer Unzufriedenheit besteht. Ob dies der Fall ist, läßt sich ansatzweise am ALLBUS 1996 prüfen (Bacher 1999). Dazu wurden folgende unabhängige Variablen gebildet.

- **Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage** als Indikator für ein **Deprivationsempfinden**. Bei Personen, die ihre Wirtschaftslage als "schlecht" oder "sehr schlecht bezeichnen", wurden Deprivationsgefühle angenommen. Insgesamt beurteilen 11% der Befragten ihre Wirtschaftslage als schlecht ("schlecht" und "sehr schlecht", alte Bundesländer: 9%, neue Bundesländer: 14%). Als alternativer Indikator wurde die Bewertung des eigenen Lebensstandards verwendet. Ein Deprivationsempfinden wurde angenommen, wenn der eigene Anteil am Lebensstandard in Deutschland als ungerecht empfunden wurde (gesamt: 9%, alte Bundesländer: 5%, neue Bundesländer: 17%).
- **Negative Bewertung der Leistung von PolitikerInnen und RegierungsbeamtlInnen** als Indikator für **politische Unzufriedenheit**. Aus den beiden Variablen ("Politiker versuchen, ihre Versprechen zu halten" und "Regierungsbeamte tun das Beste für unser Land") wurde ein Index gebildet, der anschließend zur Erfassung politischer Unzufriedenheit dichotomisiert wurde. Entsprechend diesem

² Diese Erklärung wurde von L. Hagen vorgeschlagen.

Vorgehen ergeben sich 19% politisch Unzufriedene. Der Anteil der Unzufriedenen ist in den neuen Bundesländern deutlich höher (alte Bundesländer: 16%, neue Bundesländer: 26%).

- **Demographische Merkmale** als Indikatoren für Sozialisationserfahrungen und Statureffekte. Als solche wurden in die Analyse einbezogen: Alter, Geschlecht, Erhebungsgebiet und allgemeine Schulbildung. Die Wirkungen dieser Variablen sind nicht eindeutig zu interpretieren. Sie können Statureffekte und/oder Sozialisationswirkungen sein. Beispielsweise kann ein Einfluß der Variable "geringe schulische Bildung" auf ausländerfeindliche Einstellungen bedeuten, daß die Befragten mit einer geringeren schulischen Qualifikation autoritärer erzogen wurden und deshalb ausländerfeindlicher sind. Der Einfluß der Schulbildung wäre somit ein Hinweis auf einen Sozialisationswirkung. Er kann aber auch bedeuten, daß die Befragten aufgrund ihres geringeren Bildungsstatus derzeit stärker z.B. durch schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen belastet sind, und daher häufiger ausländerfeindliche Einstellungen als Reaktion auf diese Belastungen entwickeln. In diesem Fall wären die Ergebnisse ein Hinweis auf einen Statureffekt.

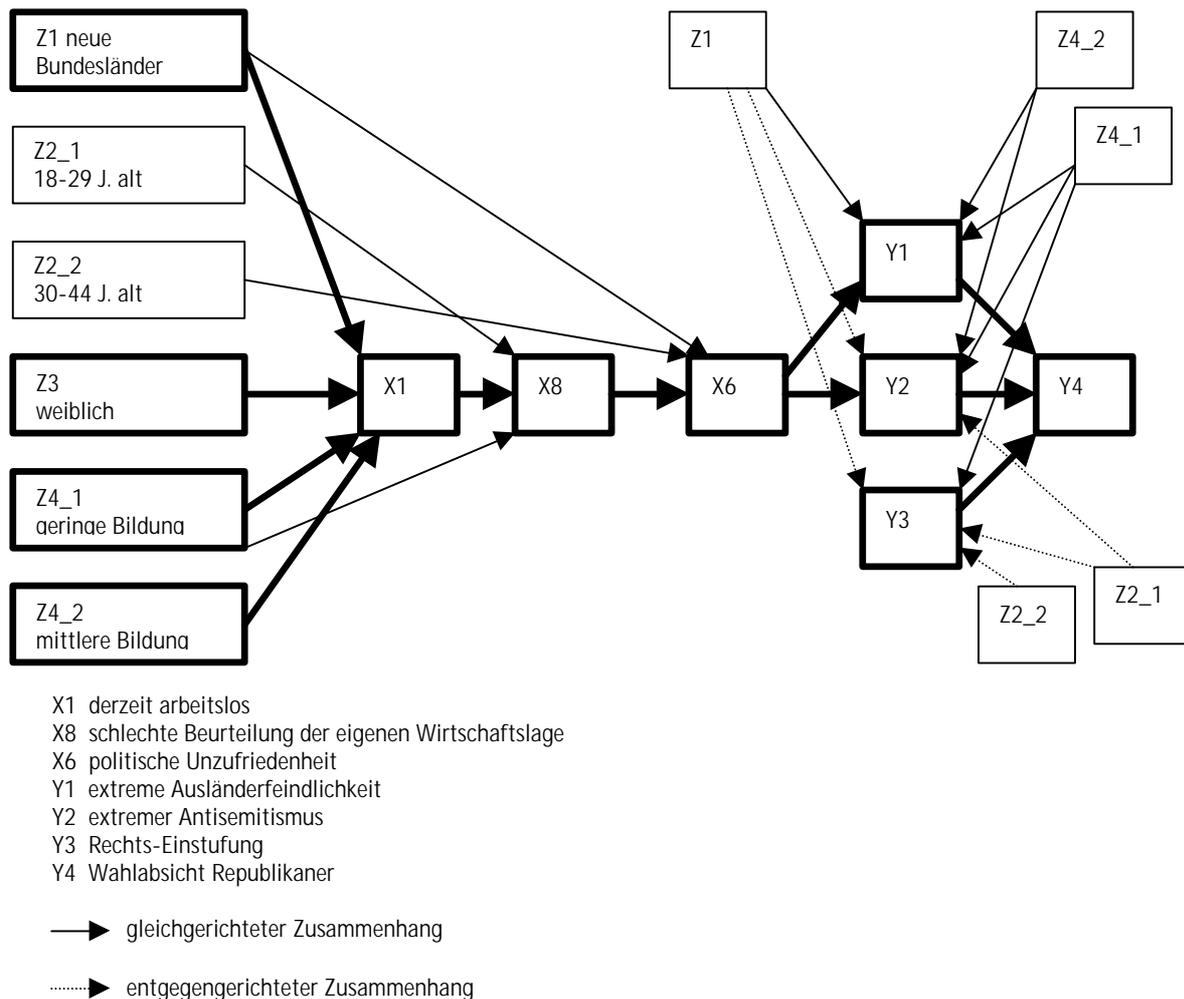
Bezieht man diese Variable in eine explorative Pfadanalyse (Holm 1977)³ ein, ergibt sich das in der Abbildung 2 dargestellte Ergebnis. Die angenommene modernisierungstheoretische Kausalkette (Arbeitslosigkeit führt zu Deprivationsempfinden, Deprivationsempfinden führt zur politischen Unzufriedenheit, politische Unzufriedenheit führt zu rechtsextremen Einstellungen, rechtsextreme Einstellungen und politische Unzufriedenheit führen zu rechtsextremem Handeln) wird weitgehend bestätigt: Nur die angenommene signifikante Wirkung der politischen Unzufriedenheit (X6) auf die Rechts-Einstufung (Y3) und auf die Wahlabsicht (Y4) konnte nicht bestätigt werden.

Entsprechend den Ergebnissen **wirkt Arbeitslosigkeit** – wie in dem theoretischen Modell angenommen - **indirekt auf rechtsextreme Einstellungen** ein: Sie kann dazu führen, daß die eigene Wirtschaftslage (X8) schlechter eingeschätzt wird, daß in Folge die Unzufriedenheit mit der Politik (X6) steigt und in weiterer Folge ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen (Y1 und Y2) verstärkt werden, die ihrerseits die Wahlabsicht für die Republikaner (Y4) erhöhen.

³ Die explorative Pfadanalyse ermöglicht die Analyse komplexer Ursachen-Wirkungszusammenhänge, indem auch kausale Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen untersucht werden. Mit Hilfe der explorativen Pfadanalyse kann beispielsweise folgendes Kausalmodell analysiert werden: $X \rightarrow Y \rightarrow Z \rightarrow U$, wobei X, Y, Z und U auch aus mehreren Variablen bestehen kann.

Abbildung 2:

Ergebnisse der explorativen Pfadanalyse für Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose)



- X1 derzeit arbeitslos
- X8 schlechte Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage
- X6 politische Unzufriedenheit
- Y1 extreme Ausländerfeindlichkeit
- Y2 extremer Antisemitismus
- Y3 Rechts-Einstufung
- Y4 Wahlabsicht Republikaner

Quelle: ALLBUS 1996, eigene Berechnungen (siehe Bacher 1999), in die Grafik wurden nur zu einem Fehlerniveau von $p < 5\%$ signifikante Zusammenhänge aufgenommen. Theoretisch vermutete Zusammenhänge sind im Fettdruck hervorgehoben. Die Pfeilstärke (Normal- oder Fettdruck) sagt nichts über die Stärke des Zusammenhangs aus.

Arbeitslosigkeit tritt entsprechend den Analyseergebnissen häufiger bei Befragten in den neuen Bundesländern, bei Frauen und bei geringer Bildung auf. Die Untersuchungsergebnisse bilden somit hinlänglich bekannte Befunde aus der Arbeitslosigkeitsforschung ab, was für die Validität der vorliegenden Analyse spricht.

Die demographischen Variablen wirken aber nicht nur – wie theoretisch erwartet – auf das Arbeitslosigkeitsrisiko ein, sondern auch auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, auf die politische Unzufriedenheit, die erfaßten rechtsextremen Einstellungen und die Wahlabsicht ein. Dem Erhebungsgebiet kommt dabei ein direkter Einfluß auf die erfaßten rechtsextremen Einstellungen zu. Befragte aus den neuen Bundesländern sind unter sonst gleichen Bedingungen ausländerfeindlicher, aber weniger antisemitisch. Sie bezeichnen sich auch seltener als politisch rechts. Dieser Befund spricht gegen eine rein belastungstheoretische Interpretation, bei der angenommen wird, daß neben der

Arbeitslosigkeit weitere in der Analyse nicht erfaßte Belastungen in den neuen Bundesländern wirksam sind. Würde dies der Fall sein, müßten alle erfaßten rechtsextremen Einstellungen steigen. Die Ergebnisse sind somit ein Hinweis auf das Vorliegen von Sozialisationseffekten.

Neben der Wirkung des Befragungsgebietes zeigt sich – wie in anderen Untersuchungen – ein durchgehender Einfluß einer geringen Bildung auf die analysierten abhängigen Einstellungsvariablen. Personen mit einer geringen Bildung sind – unabhängig vom Erwerbsstatus, dem Alter, dem Geschlecht und der Zugehörigkeit zu den alten oder neuen Bundesländern – antisemitischer und ausländerfeindlicher und bezeichnen sich häufiger als rechts. Die Ergebnisse können als Sozialisations- und Statureffekte interpretiert werden: Personen mit geringerer Bildung sind stärkeren Belastungen ausgesetzt (Statureffekt) und verfügen auch über weniger personale und soziale Ressourcen (Status- und Sozialisationseffekt), diese zu bewältigen. Hinzukommen kann, daß in ihrer schulischen Ausbildung in einem geringeren Ausmaß eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremem Denken stattfand (Sozialisationseffekt).

Bei Verwendung der Beurteilung des eigenen Lebensstandards anstelle der Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage als Indikator für das Deprivationsempfinden ergeben sich weitgehend identische Ergebnisse. In manchen Fällen verschwindet der signifikante Einfluß der demographischen Variablen auf die intervenierenden und abhängigen Variablen. Die Bewertung des eigenen Lebensstandards ist somit besser dazu geeignet, die direkte und indirekte Wirkung der demographischen Variablen zu erklären.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Zwischen Arbeitslosigkeit und rechtsextremem Denken und Handeln besteht ein indirekter Zusammenhang, der sich dadurch erklären läßt, daß Arbeitslosigkeit über eine schlechte Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage oder des persönlichen Lebensstandards politische Unzufriedenheit erzeugt, die ihrerseits ausländerfeindliche Einstellungen, aber nicht rechtsextreme Orientierungen allgemein verstärkt. Dieser Zusammenhang hat sich in den 90er Jahren im Vergleich zu den 80er Jahren verstärkt.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerung

Die empirischen Befunde lassen sich in Bezug auf die Ausgangsfragestellung in Thesenform wie folgt zusammenfassen:

1. Rechtsextreme Einstellungen werden erlernt. Darauf verweist der Effekt des Erhebungsgebietes in den ALLBUS-Daten.

2. Rechtsextreme Einstellungen sind somit nicht beliebig änderbar: Aber es sind keinesfalls die Sozialisationserfahrungen in der Familie alleine, die zum Erwerb rechtsextremer Einstellungen führen und deren Änderung bewirken können. Der Effekt des Erhebungsgebietes im ALLBUS 1996 ist hierfür Hinweise.
3. Arbeitslosigkeit ist in diesem Sinn keine Ursache von rechtsextremen Einstellungen. Sie kann – wie die empirischen Analysen zeigen – ausländerfeindliche Einstellungen als eine Dimension rechtsextremen Denkens auslösen oder verstärken.
4. Dies hängt von bestimmten Rahmenbedingungen ab. Diese haben sich im Vergleich zu den 80er Jahren so geändert, daß Arbeitslose signifikant häufiger extrem ausländerfeindliche Einstellungen vertreten als Erwerbstätige. Die Ursachen hierfür sind noch nicht hinreichend erforscht. Die Tendenz widerspricht individualisierungstheoretischen Annahmen einer Annäherung von Arbeitslosen und Erwerbstätigen.
5. Voraussetzung dafür, daß Arbeitslosigkeit zum Auslösen oder zur Verstärkung ausländerfeindlicher Einstellungen führt, ist neben dem Vorhandensein latenter in Sozialisationsprozessen erworbener rechtsextremer Einstellungen deren positive Verstärkung durch die soziale Umwelt.
6. Verstärkende Faktoren können entsprechend den theoretischen Überlegungen sein: Die Stärke, der Organisationsgrad rechter Gruppierungen und Parteien und die diesen zugeschriebenen Kompetenzen, die Art und Weise der Medienberichterstattung, die fehlende soziale Kontrolle und allgemein die gesellschaftliche Akzeptanz des Rechtsextremismus. Je "normaler" soziale Ausgrenzung von Fremden auf gesellschaftlicher Ebene betrachtet oder sogar befürwortet wird, desto wahrscheinlicher ist das Angebot von rechtsextremen Erklärungsmustern, die AusländerInnen und andere Fremde für Arbeitslosigkeit und andere soziale und ökonomische Probleme verantwortlich machen.

Mit diesen Thesen lassen sich die Ergebnisse der hier durchgeführten Analysen sehr gut reproduzieren. Sie machen deutlich, daß zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen auch Ansätze erforderlich sind, die Meso- und Makrofaktoren berücksichtigen. In dieser Hinsicht ist auch der kontrolltheoretischen Argumentation von Hoffmann-Lange zuzustimmen, wenn sie darauf verweist, daß (Anfang der 90er Jahre) rechtsextreme Handlungen nicht entsprechend staatlich kontrolliert und sanktioniert wurden, so daß rechtsextrem orientierte Täter zu ihren Straftaten wegen sehr geringer Sanktionskosten "motiviert" werden. Auf der anderen Seite sind rechtsextreme Einstellungen aber nicht unabhängig von der aktuellen Lebenssituation und von Sozialisationserfahrungen. Rechtsextreme Einstellungen werden erlernt und Arbeitslosigkeit kann dazu führen, daß sie ausgelöst oder verstärkt werden. In dieser Hinsicht ist der Erklärungsansatz von Hoffmann-Lange um modernisierungs- und sozialisationstheoretische Ansätze zu erweitern. Dabei muß auf eine zentrale Schwäche modernisierungstheoretischer Ansätze veriesen werden: Sie sind nicht in der Lage, den für eine befriedigende Erklärung notwendigen "modus operandi" anzuführen, also anzugeben, auf welche Art und Weise Deprivationsempfindungen zu politischer

Unzufriedenheit und rechtsextremen Einstellungen führen. Hierzu ist wiederum ein Rückgriff auf die genannten Meso- und Makrofaktoren des theoretischen Modells erforderlich.

Aus den Analysen lassen sich im Hinblick auf die beiden Ausgangsfragen folgende Schlußfolgerungen ableiten:

- Die erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kann dazu beitragen, daß ausländerfeindliche Tendenzen nicht verstärkt werden. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr der Zunahme ausländerfeindlicher Einstellungen, wenn das Ziel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht erreicht wird. Diese Gefahr ist umso größer, je vorrangiger das politische Ziel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen politischen Zielen gilt.
- Dabei aber anzunehmen, daß bei einer erfolgreichen aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Ausländerfeindlichkeit bekämpft sei, wäre naiv. Rechtsextreme Einstellungen haben mehrere Ursachen und werden in Sozialisationsprozessen erlernt.
- Es erscheint daher wichtig, parallel zu einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ein politisches und soziales Klima der Integration zu erzeugen und vorhandene Stigmatisierungs-, Etikettierungs- und Ausgrenzungstendenzen nicht zu verstärken.
- Wichtig wäre darüber hinaus Strukturen verstärkt zu fördern, die statusgleiche Kontakte von Personen mit unterschiedlicher nationaler, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele ermöglichen. Derartige Maßnahmen legen neuere Untersuchungen (zusammenfassend Ruggiero/Kelman 1999: 410-412) zu Allports Vorurteilsforschung (Allport 1954) dringend nahe. Diese bestätigen durchgehend Allports These, daß statusgleiche Kontakte zum Abbau von Vorurteilen beitragen können.

In Bezug auf die Rechtsextremismusforschung zeigen auch die hier durchgeführten Analysen, daß noch ein extremer Forschungsbedarf besteht, auch wenn sich durchaus aus den vorhandenen Untersuchungen ein unterschiedliche Ansätze integrierendes Modell entwickeln läßt.

Literatur

Adorno, Theodor W., 1973: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a. M.

Allport, Gordon W., 1954: The nature of prejudice. Cambridge, MA.

Bacher, Johann, 1999: Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus. Forschungsergebnisse auf der Basis des ALLBUS 1996 und der Nürnberger BerufsschülerInnenbefragung 1999. Arbeits- und Diskussionspapier 99-6. Nürnberg.

Benz, Wolfgang, (Hg.), 1994c: Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Frankfurt a.M.

Benz, Wolfgang, 1994a: Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologie, Tradition, Erscheinungsformen. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Frankfurt a.M., S. 30ff.

- Benz, Wolfgang, 1994b:** Vorwort. In: Benz, W. (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Frankfurt a.M., S. 11-29.
- Blank, Thomas/Wasmer, Martina, 1996:** Gastarbeiter oder Ausländer? Ergebnisse des Splits mit den reformulierten Gastarbeiterfragen im ALLBUS 1994. ZUMA-Nachrichten 38, 20. Jg., S. 45-69.
- Eckert, Roland/Willems, Helmut/Würtz, Stefanie, 1996:** Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. PVS, Sonderheft 27/1996, S. 152-167.
- Elder, Glen H., 1999 [1974]:** Children of the Great Depression. Boulder
- Erb, Rainer, 1994:** Rechtsextremistische Gruppengewalt in den neuen Bundesländern. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Frankfurt a.M., S. 137-153.
- Erb, Rainer, 1995:** Action. Über Jugendgruppen und rechte Gewalt. In: Lamnek, S. (Hg.): Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West. Opladen, S. 39-56.
- Falter, Jürgen W., 1991:** Hitlers Wähler. München.
- Falter, Jürgen W., 1994:** Wer wählt rechts? München.
- Fenwick, R./Tausig, M., 1994:** The macroeconomic context of job stress. Journal of Health and Behavior, Vol. 35, S. 266-282
- Funk, Walter, (Hg.), 1995:** Nürnberger Schüler Studie 1994: Gewalt an Schulen. Regensburg.
- Ge, X./Conger, R.D./Lorenz, F. O./Simons, R. L., 1994:** Parents' stressfull life events and adolescent depressed mood. Journal of Health and Behavior, Vol. 35, S. 28-44
- Heitmeyer, Wolfgang, 1989:** Rechtsextremistische Einstellungen bei Jugendlichen. 3. Auflage. Weinheim-München.
- Heitmeyer, Wolfgang, 1992:** Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Weinheim-München.
- Hentschel, Ulrich, 1981:** Politische Einstellungen von Arbeitslosen. In: Wacker, A. (Hg.): Vom Schock zum Fatalismus? Frankfurt a.M., S. 92-106.
- Heppner, Siegfried, 1997:** Interkulturelles Lernen in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit. Gelnhausen.
- Hobsbawn, Eric J., 1991:** Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a.M.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hg.), 1995b:** Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen.
- Hoffmann-Lange, Ursula, 1995a:** Determinanten politischer Gewaltbereitschaft Jugendlicher in Deutschland. In: Lamnek, S. (Hg.): Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West. Opladen, S. 57-73.
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried, 1999:** Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens. Berlin.
- Jäger, Ute, 1999:** Antisemitismus im Spiegel der Presse. Nürnberg.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen, 1996:** Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland. PVS, Sonderheft 27/1996, S. 288-312.
- Kleinert, Corinna/Krüger, Winfried/Willems, Helmut, 1998:** Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. Aus Politik und Zeitgeschichte, B31/98, S. 14-27.
- Lederer, Gerda/Schmidt, Peter, (Hg.), 1995:** Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen vergleichender Jugenduntersuchungen 1945-1993. Opladen.
- Leggewie, Claus, 1990:** Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an. Berlin.
- Lüdemann, Christian, 1995:** Fremdenfeindliche Gewalt und Lichterketten In: Lederer, G./Schmidt, P. (Hg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen vergleichender Jugenduntersuchungen 1945-1993. Opladen, S. 355-381.
- Mansel, Jürgen/Hurrelmann, Klaus, 1989:** Außen- und innengerichtete Formen der Problemverarbeitung Jugendlicher. Aggressivität und psychosomatische Beschwerden. Soziale Welt, Jg. 45, S. 147-179.
- Mansel, Jürgen/Hurrelmann, Klaus, 1998:** Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher im Zeitvergleich. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 50, S. 78-109.
- Mecheril, Paul/Teo, Thomas, (Hg.), 1997:** Psychologie und Rassismus. Reinbek b. Hamburg.
- Michel, Karl Markus/Karsunke, Ingrid/Spengler, Tilmann, (Hg.), 1998:** Auftritt von rechts. Kursbuch 124. Dezember 1998.
- Ohlemacher, Thomas, 1998:** Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten, 1991 – 1997. Soziale Welt, 49. Jg., S. 319-332.
- Otten, Hendrik/Treuheit, Werner (Hg.), 1994:** Interkulturelles Lernen in Theorie und Praxis. Opladen.
- Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter, 1999:** Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B26/99, S 3-22.
- Rommelspacher, B., 1997:** Psychologische Erklärungsmuster zum Rassismus. In: Mecheril, P./Teo, Th. (Hg.): Psychologie und Rassismus. Reinbek b. Hamburg, S. 153-172.
- Ruggerio, Karen M./Kelman, Herbert C., 1999:** Introduction to the Issue. Journal of Social Issues. Vol. 55, No. 3, S. 405-414.
- Schad, Ute, 1999:** Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und soziologisch-pädagogische Defizite. Aus Politik und Zeitgeschichte, B26/99, S. 23-29.

- Schindler, Hans/Wacker, Ali/Wetzels, Peter, (Hg), 1990:** Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse europäischer Studien. Heidelberg
- Seckauer, Hansjörg/Weidenholzer, Josef, (Hg.) 1999:** JobCreation im Dienstleistungssektor. Linz.
- Stelzer-Orthofer, Christine, (Hg.), 1991:** Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Linz.
- Stelzer-Orthofer, Christine, (Hg.), 1998:** Strategien gegen die Arbeitslosigkeit. Linz.
- Stölting, Erhard, 1992:** Der Mechanismus des ethnischen Vorurteils. In: Pommerin-Götze, G. u.a. (Hg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft. Frankfurt a.M., S. 86-92.
- Wacker, Ali, 1976:** Arbeitslosigkeit. Main-Köln
- Wacker, Ali, 1990:** Einleitung. In: Schindler, H./Wacker, A./Wetzels, P. (Hg.): Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse europäischer Studien. Heidelberg, S. 9-22.
- Weiß, Ralph, 1994:** Rechtsextremismus und vierte Gewalt. Soziale Welt, Jg. 45, S. 480-504.
- Wiegand, Erich, 1992:** Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa. ZUMA-Nachrichten 31, Jg. 16, S. 7-28.
- Winkler, Jürgen R., 1996:** Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. PVS, Sonderheft 27/1996, 25-48.
- Winkler, Jürgen, R./Jaschke, Hans-Gerd/Falter, Jürgen, W., (Hg.), 1996b:** Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS, Sonderheft 27/1996.
- Winkler, Jürgen, R./Jaschke, Hans-Gerd/Falter, Jürgen, W., 1996a:** Einleitung: Stand und Perspektiven der Forschung. PVS, Sonderheft 27/1996, S. 9-24.
- Wittenberg, Reinhard, 1995:** Das Problem ist erkannt. Antisemitische Einstellungen unter Ost- und Westdeutschen. Tribüne, 34. Jg., Heft 136, S. 40-51.
- Ziegler, Meinrad, 1999:** Das soziale Erbe. Eine soziologische Fallstudie über drei Generationen einer Familie. Linz.
- Holm, K., 1977:** Multiple lineare Regression und Pfadanalyse. In: Holm, K. (HG.): Die Befragung 5. München, S. xxxx